



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

β: Agrarpolitische Aussichten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

einzumischen. Wie man an der maßgebenden Stelle in Berlin über vergangene und zukünftige föderalistische Experimente in Österreich urteilt, das hat neulich Fürst Hohenlohe sehr deutlich durchblicken lassen, als er im preußischen Abgeordnetenhaus den Polen erklärte, in Preußen sei kein Raum für föderalistische Bestrebungen, und dem tschechischen Übermut hat die Reichsregierung einen energischen Wink mit dem Beschlusse gegeben, ein deutsches Konsulat in Prag einzurichten. Die Spießgesellen der Tschechen und die Todfeinde unsers Reichs, die österreichischen Feudalen, haben ihn auch sehr wohl verstanden, denn ihr Organ, das „Vaterland,“ sieht darin einen Versuch, der „Berliner Politik“ eine Stätte in Böhmen zu gründen. Gewiß, unsre Reichsangehörigen müssen dort besser geschützt werden, als es die österreichische Regierung während der Dezembermeutereien leider vermocht hat, und wenn das den Deutschböhmen den Nacken steift, so wird das nur im eigensten Interesse Österreichs sein. *



Agrarpolitische Ausichten



ährend die verbündeten Regierungen, wie es scheint, entschlossen sind, in der Sozialpolitik im engern Sinne durch Festigkeit gegenüber dem neuerungsfüchtigen Doktrinarismus dem gesunden Fortschritt die unerläßliche Ruhe zu verschaffen, mehrten sich leider die Anzeichen, daß in der Agrarpolitik gerade das Entgegengesetzte in Aussicht steht. Täuschen die Anzeichen nicht, so ist man auf dem besten Wege, durch gesteigerte Unruhe im agrarischen Lager die Beruhigung der sozialistischen Schwarmgeister ganz unmöglich zu machen.

Neuerdings hat sich das preußische Herrenhausmitglied, Graf Minkowström-Korklack, das Verdienst erworben, in einer bei Paul Parey in Berlin erschienenen kleinen Schrift: „Dr. Buchenbergers Agrarpolitik und die Forderungen der Landwirtschaft unter besondrer Berücksichtigung der östlichen Landesteile Preußens“ die Forderungen und wohl auch die Ausichten der ostelbischen Agrarier ziemlich ausführlich zu behandeln. Er bekämpft die von Buchenberger in seinen kürzlich in den Grenzboten ausführlich besprochenen „Grundzügen der Agrarpolitik“ dargelegten, ganz gewiß nicht gerade antiagrarischen Anschauungen und giebt damit ein anschauliches Bild von der Unruhe, die auf agrarpolitischem Gebiete herrscht. Buchenberger ist badischer Finanzminister und nebenbei ein in Deutschland hochgeschätzter Agrarpolitiker. Er ist der Verfasser der Agrarpolitik in der von Adolf Wagner herausgegebenen „Poli-

tischen Ökonomie.“ Der praktische Östebier Graf Alindowström bezeichnet Buchenbergers Ansichten als durchaus modern, das soll heißen: „Sammelnd, beruhigend, nach rechts und links, um schließlich zu Vorschlägen zu kommen, die allgemein bekannt und anerkannt, doch niemals genügen können, um eine so schwere Krankheit zu heilen, wie die, unter der die deutsche Landwirtschaft jetzt seit Jahren leidet.“ Zu bekämpfen unternimmt der ostpreußische Agrarier in erster Linie die Behauptung Buchenbergers, „daß im Norden und Nordosten der Großgrundbesitz stärker vertreten sei als erwünscht.“ Es sei unrichtig, von einer falschen Verteilung des Bodens östlich der Elbe zu sprechen und eine auf die Abstellung des angeblichen Fehlers gerichtete „sogenannte Landpolitik“ zu empfehlen. Der Domänenbesitz des Staats müsse auch im Osten „unbedingt erhalten“ werden. Eine „unbefriedigte Nachfrage nach Land“ sei auch für den Osten zu bestreiten. Land sei mehr zu haben, als gefordert werde. Buchenberger mache sich einer übertriebenen Schwärmerei für die preußische Ansiedlungspolitik schuldig. Er, Graf Alindowström, sei immer dafür eingetreten, „mit Staatshilfe den »bestehenden,« arg gefährdeten Bauernbesitz in Rentengüter umzuwandeln, nicht aber durch Schaffung von kleinen neuen Stellen landwirtschaftliches Proletariat zu erzeugen.“ Der „alte, gute, einfache und zuverlässige Stamm“ sei da gewesen, warum wolle man da, statt ihn zu erhalten, „Neuerungen“ anfangen. Die Rentengutsgefeßgebung sei doch immer nur „der Anfang der großen Agrargefeßgebung, deren Träger ein genialer preußischer Minister ist.“ Diese Gefefßgebung solle dem „ganzen Grundbesitz“ zu gute kommen, „wenigstens soweit es den Gewohnheiten entspricht,“ es müsse „voller Bruch mit der Kapitalschuld“ verlangt werden. Verfehlt sei der Vorschlag Buchenbergers, „von der Genehmigung zur Errichtung von Fideikommißgütern nur einen sparsamen Gebrauch zu machen.“ Im Gegenteil müsse man „von der neuen Fideikommißgefeßgebung erhebliche Erleichterungen“ erhoffen. Jedes neue Fideikommiß, jeder so oder so befestigte kleine Grundbesitz sei die „zuverlässigste Stütze für Königtum, Staat und Kirche.“

Das sind agrarpolitische Anschauungen, die in ihren praktischen Konsequenzen auf nichts mehr und nichts weniger hinauslaufen, als auf den völligen Umsturz der preußischen Agrarverfassung, die man als die Stein-Hardenbergische zu bezeichnen pflegt; und nach gelegentlichen öffentlichen Äußerungen Herrn von Miquels kann Graf Alindowström schon recht haben, wenn er diesen Umsturz als das Endziel der großen Agrargefeßgebung hinstellt, „deren Träger ein genialer preußischer Minister ist.“ Es soll hier nicht näher auf diesen Kampf von Genie gegen Genie eingegangen werden. Einige Gefefßesvorlagen sollen ja in Preußen schon bereit liegen, und man muß abwarten, was sie bringen. Wir haben in den Grenzböten wiederholt die Ansicht gefunden, daß eine auf möglichst schnelle und allgemeine Zerschlagung der Rittergüter im Osten gerichtete Landpolitik durchaus nicht am Plage wäre und nicht nur die

Landwirtschaft, sondern das ganze Land einer sehr wertvollen Kulturquelle berauben würde. Wir glauben, daß die ostelbischen Großgrundbesitzer noch eine sehr wichtige soziale, wirtschaftliche und politische Aufgabe zu lösen haben, die im Westen nicht leicht verstanden wird, und daß sie diese Aufgabe zu lösen auch ganz und gar die rechten Leute sein werden, wenn nur erst die agrarische Unruhe und Neuerungsucht wieder aus ihnen herausgebracht sein wird. Auch Professor Conrad in Halle, dieser vortreffliche Kenner und unbefangene Beurteiler der Agrarzustände des Ostens, hat immer vor der Rittersgutszerschlagungsmanie gewarnt. Aber damit ist keineswegs die sogenannte „innere Kolonisation“ überhaupt verworfen. Sie fängt, wie alles in der Agrarpolitik, außer dem Schuldenmachen und dem Güterpreistreiben, langsam an, sich auf der Grundlage der Stein-Hardenbergschen Agrarverfassung ganz von selbst zu entwickeln, bisher nach der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik in einem durchaus gefunden, mäßigen Tempo. Man braucht augenblicklich den Prozeß künstlich gar nicht zu beschleunigen, soweit nicht andre, z. B. nationalpolitische Rücksichten, das empfehlen. Aber ihr für ewige Zeiten, obwohl das Tempo der innern Kolonisation ein so mäßiges ist, durch Bindung des kleinen wie des großen Grundbesitzes im Osten den Riegel vorschieben zu wollen, das mag vielleicht genial sein; aber vermessen im höchsten Grade wäre es jedenfalls. Es wäre das Zeichen einer revolutionären Neuerungsucht, die dadurch nicht konservativer wird, daß sie die Reformen der großen Männer am Anfang des Jahrhunderts beseitigen und den damals beseitigten Zuständen entsprechende wieder herstellen möchte. Am Ende unsers Jahrhunderts würde das ein blinder waghalsiger Sprung ins völlig Angewisse sein. Graf Klinkowström und seine Gefinnungsgeoffen sollten sich übrigens darüber nicht mehr allzulange täuschen, daß sie in der Befürwortung des genialen Umsturzes der Stein-Hardenbergschen Agrarverfassung im Ernst doch nur die Geschobnen sind, die zu schieben meinen. Es wird ein recht interessantes Schauspiel werden, wenn sich die kathedersozialistischen Agrarprofessoren mit den ostpreußischen Majoratsherren einmal auseinandersetzen werden.

Natürlich kann Graf Klinkowström auch über die agrarische Verschuldungsfrage nicht mit Buchenberger einig werden. Zunächst ist ihm in den „Grundzügen“ der Satz sehr unangenehm aufgefallen, daß „die durchgängige hohe und übermäßige Verschuldung der ganzen deutschen Landbevölkerung bis jetzt in keinem einzigen deutschen Staat statistisch nachweisbar“ gewesen, daß vielmehr nachgewiesen sei, daß zwar in bestimmten Gegenden und Gemeinden der Verschuldungsprozentsatz hoch ist, daß aber diese verschuldeten Gemeinden überall mit solchen durchsetzt sind, die eine vergleichsweise geringe oder jedenfalls unbedenkliche Höhe der Verschuldung aufweisen. Graf Klinkowström beruft sich auf die „Statistik Preußens“, in der auf Grund der Mehrverschuldung von 1886/87 bis 1892/93 vorausgesagt sei: „Wenn es in dieser

Weise fortgeht (es geht aber viel schneller vorwärts), ist in fünfundzwanzig Jahren der ganze Grundbesitz enteignet.“ Es soll hier auf die Frage der „Enteignung“ des landwirtschaftlichen Grund und Bodens durch das „Kapital,“ wie man sagt, nicht näher eingegangen werden. Auch den amtlichen Statistikern Preußens dürfte es wohl nicht verborgen sein, wie ungeheuer schwer dabei das Abwägen der Verschuldung gegen den Wert ist, und wie völlig wir in dieser Beziehung noch im Dunkeln tappen. Vor Aufklärung dieses Dunkels sollte sich die amtliche Statistik überhaupt möglichst solcher Voraussagungen enthalten. Ihre Zahlen werden ohnedies schon hinreichend durch Verallgemeinerungen und Übertreibungen von nichtamtlichen Statistikern gern „interessanter“ gemacht, d. h. im pessimistischen Sinne. Davon kann natürlich gar nicht die Rede sein, daß Buchenberger die Thatsachen der amtlichen Statistik Preußens über die Grundverschuldung nicht gekannt oder nicht berücksichtigt hätte. Wie Conrad neuerdings in seinem „Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie“ wiederholt, ist der Wert des ländlichen Grund und Bodens in Preußen auf zweiunddreißig Milliarden, der der ländlichen Gebäude und des Inventars auf dreißig Milliarden, die Hypothekenschuld auf etwa zehn Milliarden veranschlagt worden. Das Anwachsen der ländlichen Hypothekenschulden in Preußen in letzter Zeit ist eine die genaueste Erforschung zweifellos herausfordernde Erscheinung. Da an ihr die Schulden industrieller Unternehmungen in Industriebezirken und in der Nachbarschaft der Großstädte mit riesigen Posten beteiligt sind, so ist es begreiflich, daß der Westen eine noch stärkere Verschuldungszunahme aufweist als der Osten, vor allem aber, daß bis zur Aussonderung der industriellen Hypotheken der Landbezirke in der ganzen Frage ein non liquet gilt. Zehn Milliarden Schulden gegenüber zweiundsechzig Milliarden Wert wären jedenfalls nicht als vernichtende, der Enteignung nahe kommende Überschuldung zu bezeichnen. Auch in dieser Frage ist den kathekedersozialistischen Übertreibungen und Verallgemeinerungen auf das schärfste entgegenzutreten; sie sind hier dem gesunden Fortschritt nicht weniger hinderlich als die sozialdemokratischen in der Arbeiterfrage.

Weiter tritt dann Graf Klinkowström ein für die gesetzliche Verschuldungsgrenze, als das „einzig durchgreifende Mittel, den Grundbesitz in Zukunft vor Kalamitäten zu bewahren, ja ihn von seiner jetzigen Stellung als »Ware« zu befreien.“ Daß die Sache gehe, könne man an den Fideikommissen sehen. Selbstverständlich gehöre zur Durchführung Zwangsamortisation und billiger Kredit. Er beruft sich darauf, daß sich der preußische Landwirtschaftsminister mit einem dahin ausgesprochenen Wunsche des preußischen Herrenhauses im Jahre 1896 „einverstanden“ erklärt habe.

Falsch nennt Graf Klinkowström ferner die Ansicht Buchenbergers, daß dem Staat bezüglich des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitern (Wechsel der Arbeiter, Verziehen nach den Industriebezirken) für eine „intervenirende

Thätigkeit" wenig Raum bleibe. „Ist Herrn Buchenberger, so fragt er, bekannt, daß die königlich preußischen Eisenbahnen Arbeitertransporten nach dem Westen Fahrpreisermäßigungen bis zu 1,5 Pfennigen bewilligen? Unsere Produkte (Getreide) dürfen wir beileibe nicht an den Westen abgeben, lebende Fracht in Menschen dagegen ist hochwillkommen!“ Eine Einschränkung der Freizügigkeit hält er z. B. in der Form des „Anzugsgeldes“ für geboten. Auch gegen den Kontraktbruch der Arbeiter und das Agentenwesen, das die Arbeiter für die westlichen Industriebezirke werbe, könne der Staat Hilfe schaffen. Wir gehen auf die Fragen ebenso wenig näher ein, wie auf das, was Graf Klinkowström an der Eisenbahntarifspolitik Preußens und der Ansicht Buchenbergers darüber, und zwar teilweise nicht ohne Grund, bemängelt. Auch seine Klagen über die Arbeiterversicherung seien nur erwähnt. Wichtiger ist das entschiedne Verlangen, die Goldwährung zu beseitigen, das hier wieder einmal als die allgemeine Ansicht der ostdeutschen Landwirte hingestellt wird. Diese Forderung spielt unter den agrarischen Aufregungsmitteln in der That nach wie vor eine bevorzugte Rolle, der gegenüber Buchenbergers Beruhigungsversuche völlig gescheitert sind. Es hat den Grafen Klinkowström besonders interessirt, daß Buchenberger „zugiebt,“ eine „schlechtere Währung“ bedeute für den Schuldner eine Entlastung und für den Gläubiger eine Schädigung. „Dieser Satz umgekehrt — sagt der Graf — zeigt, welchen Schaden die Einführung der Goldwährung in Deutschland den verschuldeten Grundbesitzern gebracht hat. Damit ist also auch die Stellung der Landwirtschaft zu dieser Frage erklärt.“ Soll das heißen, daß die Landwirte durch die Goldwährung insofern geschädigt worden wären, als sie die früher in Silber erhaltenen Darlehen später hätten in Gold bezahlen müssen, so ist diese Frage für die heutige Lage völlig wesenlos geworden. Schon die Bewegung der Landgüterpreise nach Einführung der Goldwährung bis in die neunziger Jahre und nicht minder die des Zinsfußes widersprechen der Ansicht vollständig, daß die Hypothekenschuldner durch Einführung der Goldwährung geschädigt seien. Den heutigen Grundbesitzern kommt es in der Währungsfrage darauf an, und das ist es auch, was sie an Buchenbergers Ausführungen besonders interessiren muß, daß sie bei Verschlechterung der jetzigen Währung hoffen, die in Gold eingegangnen Schulden in Silber zurückzahlen zu können. Buchenberger warnt davor, dieser Hoffnung zu viel Wert beizulegen, und das mit Recht. Das „Kapital,“ das angeblich so dumm und so schlecht zugleich ist, den ertraglosen Grundbesitz durch übermäßige Beleihungen zu „enteignen,“ könnte doch am Ende einmal klug werden und die Tasche zuhalten. Das unausgesetzte Drohen mit dem allgemeinen Bankerott und der Verschlechterung der Währung muß auch dem sorglosesten Kapitalisten mit der Zeit den Erwerb von landwirtschaftlichen Hypotheken und Pfandbriefen verleiden. Und was ist dann die Folge? Freilich wird ja im agrarischen Lager in einem Atem be-

hauptet, die Erträge deckten nirgends mehr die Produktionskosten, aber man könne trotzdem auch das letzte Sechstel des Gutswerts ohne Risiko zu 3 Prozent beleihen. Bei einem so krausen Durcheinander von Widersprüchen und Unverstand — dem übrigens Graf Rindowström selbst sich recht geschickt zu entziehen weiß — kann man sich eigentlich über nichts mehr wundern, und hoffentlich wird sich auch Dr. Buchenberger das Scheitern seines Versuches, die agrarischen Wirrköpfe zur Vernunft zu bringen, nicht allzusehr zu Herzen nehmen.

Das Hauptziel der ostelbischen Wünsche ist und bleibt die Quintessenz des Antrags Raniß: die sofortige Hebung der Getreidepreise auf die bekannte mittlere Höhe. Daß Buchenberger die Wiederherstellung der Zollsätze des Gesetzes von 1887, fünf Mark für Weizen und Roggen, als die äußerste Grenze einer etwaigen Zollerhöhung bezeichnet, ist deshalb auch für Graf Rindowström besonders störend, vollends bei der „Stellung,“ die Buchenberger einnimmt, und bei der Bedeutung, „die seine Haltung als Mitglied des Bundesrats hat.“ Alles spitzt sich auf das Verlangen zu, erheblich höhere Getreidezölle zu erreichen — wenn nicht sofort, so doch bei der bevorstehenden Neuordnung unsrer Zoll- und Handelsvertragsverhältnisse. Der Stand dieser Frage wird deshalb bei der folgenden Betrachtung unsrer agrarpolitischen Ausichten — nachdem die Rindowströmsche Schrift uns im allgemeinen über die agrarischen Wünsche orientiert hat — besonders zu berücksichtigen sein.

Nur beiläufig seien vorher noch einem Geschichtsirrtum, dem in der ostpreußischen Agrarbewegung eine besondere Rolle angewiesen zu werden pflegt, einige Worte gewidmet. Graf Rindowström glaubt die agrarischen Forderungen durch folgenden Hinweis auf die Leistungen der ostpreußischen Landwirtschaft zur Zeit der Freiheitskriege besonders unterstützen zu können: „Wäre damals die Provinz nicht in so blühender Lage, der Grundbesitz so wenig verschuldet gewesen, nie hätte Ostpreußen so wesentlich zur Wiedergeburt des Staats beitragen können.“ Es ist erstaunlich, wie diese Fabel zur allgemein anerkannten Wahrheit geworden ist! Es ist in den Grenzboten (Nr. 28, Jahrgang 1896) in einem Aufsatz „Agrarische Sünden vor hundert Jahren“ auf Grund der Schilderungen des Generals von Boyen, Ch. E. Langethals, von Knobloch usw. bereits zur Genüge nachgewiesen worden, daß die Not der napoleonischen Schreckenszeit gerade Ostpreußens Grundbesitzer in einem Zustande tiefster Verschuldung und völligen Verfalls überraschte, in den sie durch eine zehnjährige Periode wilder Güterspekulation hineingeraten waren. Daran ist nichts zu beschönigen, nichts zu bemänteln. Den agrarischen Anmaßungen wird durch nichts mehr der Boden unter den Füßen weggezogen als durch die Geschichte der ostpreußischen Landwirtschaft in jener Zeit. Graf Rindowström wird seinen Irrtum sicher selbst einsehen, wenn er sich die Mühe nimmt, sich genauer zu unterrichten.

Aber darf man wohl erwarten, daß einer der Herren ostdeutschen — geschweige der ostpreussischen — Agrarier das Bedürfnis fühlen könnte, sich besser über irgend etwas zu unterrichten, nachdem das Agrariertum so glänzend in der Haupt- und Kernfrage gesiegt hat? Der preussische Landwirtschaftsminister hat am 28. Januar im Abgeordnetenhaus „sich für ermächtigt“ gehalten, namens der Staatsregierung folgendes zu erklären: „Die Königliche Staatsregierung ist gewillt, bei der Entscheidung der Frage, wie dem Auslande gegenüber künftig unsre Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen zu ordnen sein werden, sorgsam zu prüfen, wie bei diesen Verhandlungen die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden können und müssen, als das bisher der Fall gewesen ist.“ Diese Erklärung wird von den Agrariern auf der ganzen Linie als ein voller Sieg gefeiert, obwohl ihr Wortlaut hundert Hintertüren offen läßt. Aber die Agrarier haben nach Lage der Umstände entschieden Recht mit ihrer Auffassung. Die Lage wird durch folgende Vorgänge hinreichend charakterisiert. Buchenberger hatte in seinen „Grundzügen der deutschen Agrarpolitik“ von ausgesprochen landwirtschaftsfreundlichem Standpunkte nachzuweisen gesucht und — wie Freiherr von Hammerstein selbst gewiß anerkennen wird — auch nachgewiesen: „daß angesichts der unzweifelhaft gegebenen sehr schwierigen Lage des landwirtschaftlichen Gewerbes die landwirtschaftliche Staatsfürsorge zu keiner Zeit kräftiger und planmäßiger ihres Amtes gewaltet hat als in der Gegenwart.“ Er hatte, davon ausgehend, nachdrücklich davor gewarnt, daß man der Regierungspolitik, die nicht gleich alle laut gewordenen Wünsche voll berücksichtige, sofort den Vorwurf einer „Preisgabe landwirtschaftlicher Interessen“ mache. Dem gegenüber ruft Graf Klinkowström aus: „Wer in aller Welt hat derartiges behauptet? Uns, die wir doch alle Vertreter agrarischer Interessen in den Parlamenten kennen und jede Rede sorgfältig verfolgen, ist ähnliches nie zu Ohren gekommen.“ Dabei hatte im Reichstage bei der ersten Lesung der Flottenvorlage am 6. Dezember v. J. Graf zu Limburg-Stirum wörtlich erklärt: „Meine Herren, welchen Schaden diese Politik der Unterdrückung der Landwirtschaft (d. h. die Agrarpolitik seit 1890) gehabt hat, können Sie daraus ersehen, daß jetzt in vielen Kreisen abweichend von früher das Interesse für die Flotte gesunken ist. Wir wissen, daß man in vielen landwirtschaftlichen Kreisen diese Vorlage und überhaupt Bewilligungen für die Flotte nicht wünscht. Die Männer sind doch zu einem solchen Grade von Entrüstung gekommen, daß sie sagen, wenn man uns so schlecht behandelt, dann soll für die Industrie und den Handel nichts geschehen und nichts bewilligt werden.“ Und am 13. Dezember hatte sich der Abgeordnete von Kardorff im Reichstage zum Etat 1898 folgendermaßen über die der Flottenverstärkung feindliche Stimmung unter den Landwirten geäußert: „Meine Herren, das ist eine Stimmung, die sehr verbreitet ist, und die, wie ich allerdings anerkennen muß, aus derjenigen mangelhaften Berücksichtigung landwirt-

schaftlicher Interessen hervorgeht, die wir seit dem Weggange des Fürsten Bismarck leider zu beklagen haben. Ich bin nicht der Meinung, daß der Weg, den die Herren gehen wollen, der richtige ist. Sie wollen gern einen Druck auf die Regierung ausüben, um sie landwirtschaftlichen Desiderien zugänglich zu machen."

Auch an die in den Grenzböten seinerzeit besprochenen „lokalen“ Äußerungen der Landwirtschaftskammer in Stettin in dem Bericht für 1896 sei beiläufig erinnert, der in der Beschimpfung gipfelt: „Der völlige Ruin ist unausbleiblich, wenn wir bei einer Wirtschaftspolitik verharren, die dem Auslande und dem internationalen Großkapital zuliebe die heimische Landwirtschaft um die Früchte ihrer Arbeit bringt.“ Von den sonstigen, den sozialdemokratischen an agitatorischem Gift um nichts nachstehenden öffentlichen Angriffen der Agrarier gegen die bisherige Agrar- und Handelsvertragspolitik der Regierung sei vor der Hand gar nicht gesprochen.

Schon das völlige Schweigen des Grafen von Posadowsky auf die Vorwürfe des Grafen zu Limburg und des Herrn von Kardorff im Reichstage war eine überaus beredte Antwort, zumal da gerade der Bebel'sche Vorwurf, die Interessen der Arbeiter fänden im Reich und in den Einzelstaaten keine Berücksichtigung, schlagend zurückgewiesen worden war. Nach diesen Vorgängen ist die Erklärung des Freiherrn von Hammerstein im preußischen Abgeordnetenhaus ein unanfechtbares *Pater peccavi*, dessen Bedeutung wesentlich erhöht wird durch den lauten Beifall, die es aus nationalliberalen Kreisen gefunden hat. Herr von Hammerstein hat in seiner Rede vom 28. Januar noch folgende Bemerkung zu machen für nötig gehalten: „Meine Herren, ich kann nur oft wiederholt aussprechen, daß die Staatsregierung die schwierige Lage — ich will den Ausdruck Notstand gebrauchen — der Landwirtschaft in vollem Maße anerkennt, daß dieselbe gewillt ist, mit allen ihr zulässig erscheinenden und zur Verfügung stehenden Mitteln dem Notstand abzuhelpen. Ich trete vollständig dem bei, was in der Generaldiskussion über den Etat Herr von Eynern ausführte, der darlegte: weil seit einer Reihe von Jahren mit reichen Mitteln das industrielle Gewerbe gefördert sei, so habe jetzt das landwirtschaftliche Gewerbe, selbst wenn es aus den Mitteln geschähe, die wesentlich von der Industrie dem Staate zufließen, einen vollberechtigten Anspruch auf gleiche Förderung durch staatliche Unterstützung.“

Diese Ansführungen werden genügen, dem ernsthaften Politiker jeden Zweifel zu nehmen über den Stand der agrarpolitischen Aussichten und namentlich der Aussichten auf wesentlich höhere Getreidezölle. Es ist müßig, jetzt zu erörtern, wie weit die Flottenfrage dabei mitwirkt; aber es ist klar, daß sie bei der unverantwortlichen Haltung des „Freisinn“, bei der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie, bei der zwiespältigen Stellung des Zentrums und bei den agrarischen Einflüssen in dieser Partei die Regierung zu einer

Politik des Do ut des mit den Agrariern zu drängen geeignet ist. Die Flotte mußten wir haben, selbst um den Kaufpreis eines Sieges der agrarischen Übergriffe. Der Welthandelspolitik des Kaisers gehört die lange, unabsehbare Zukunft, dem agrarischen Siege vielleicht ein Jahrzehnt. Aber dieses Jahrzehnt kann in der That sehr traurig werden, und alle einsichtigen Vaterlandsfreunde, alle königstreuen deutschen Männer, die für die weitsichtige Politik des Kaisers einzutreten bereit sind, haben Grund, sich zum Kampfe zu rüsten gegen rechts und links, um unbeirrt um die augenblickliche Gunst des von materieller Begehrlichkeit beherrschten großen Haufens das Banner der Wahrheit, Gerechtigkeit, Menschen- und Vaterlandsliebe hoch zu halten, bis Ruhe und Friede wieder hergestellt sein werden in der Agrarpolitik wie in der Sozialpolitik.

Lügen haben kurze Beine auch in der Politik. Wie die Arbeiter einsehen werden, was das Reich für sie geleistet hat und zu leisten entschlossen ist, wenn nur den sozialpolitischen Unruhestiftern das Handwerk gelegt wird, so werden die deutschen Landwirte auch anerkennen, daß ihnen Milliarden aus den Taschen der Nichtlandwirte seit dem Beginn der heutigen Agrarkrise im Reich und in den Einzelstaaten zugeflossen sind, wenn nur erst den agrarischen Hezereien ein Halt geboten sein wird durch eine wirklich starke Staatsgewalt, den „Fels von Erz“ der Hohenzollernpolitik, an dem das ostelbische Sinkertum früherer Zeiten sich, trotz aller Wechselfälle im Kampfe, noch immer die Köpfe blutig gestoßen hat.

Daß eine geringere Verteuerung des Brotgetreides durch Erhöhung der Zölle die Notlage der Landwirte beseitigen werde, ist kaum anzunehmen; die Zollerhöhung müßte jedenfalls bedeutend sein. Aber auch dann müßte die davon erwartete Steigerung der Grundrente sofort wieder zur Überschätzung des Grundwerts und zur weiteren Überlastung durch Grundschulden führen. Die Agrarier haben darin gegen Buchenberger recht, daß nur eine staatlich garantierte Rente, nach dem alten Buchwert des Grund und Bodens bemessen, sie vor den Abschreibungen bewahren könnte, die sie als ordentliche Wirtschaftler vornehmen müßten. Graf Posadowsky, Freiherr von Hammerstein und auch Herr von Miquel werden sich dieser Folgerung auf die Dauer nicht entziehen können, ohne die schätzbare Liebe der treuen Bundesgenossen von heute wieder einzubüßen. Und glaubt man wirklich noch weiter bestreiten zu können, daß die vielen Millionen Mark jährlich, die die Getreidezölle bisher, oder sagen wir auch, bis zu ihrer letzten Ermäßigung den Landwirten gebracht haben, nicht von der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung gezahlt worden seien? Daß der Weltmarktpreis so tief herabging, daß trotzdem gegen früher, wenigstens bis 1897, der Konsument weniger zu zahlen hatte, als vor dem Zoll, ändert an der Rechnung gar nichts. Und wenn in Zukunft höhere Zölle den Landwirten helfen sollen, so muß eben

durch ihre Höhe jedes weitere Fallen des Weltmarktpreises wett gemacht werden. Will man dann auch noch sagen, der Zoll verteuere das Brot nicht? Auch wenn man das Müller- und Bäckergerwerbe verstaatlicht haben wird, wird das wahr bleiben. Und glaubt man denn weiter, sich damit trösten zu können, daß Industrie und Handel die Millionen leicht aufbringen können, die der Zoll der Landwirtschaft einbringt? Ja wer ist denn das in diesem Falle, der zahlt? Unternehmer oder Arbeiter? Glaubte man wirklich, mit gutem Gewissen so ohne weiteres behaupten zu können, daß der Unternehmer zahlt, was der Arbeiter mehr für Brot braucht? Und wie lange soll denn die Garantie des Inlandspreises dauern? Doch unzweifelhaft für immer, entsprechend der Höhe der Produktionskosten, in die natürlich die Verzinsung des Anlagekapitals, mag die Anlage unvernünftig oder vernünftig sein, mit einzurechnen ist.

Es lohnt wahrlich nicht, sich länger bei diesen Fragen aufzuhalten, deren Beantwortung den verbündeten Regierungen so klar wie das Einmaleins sein müßten, auch wenn sie nicht von so warmen Vertretern der wahren Interessen der deutschen Landwirtschaft, wie Buchenberger und Conrad, erst kürzlich unzweideutig gegeben und begründet worden wäre. Wir wollen heute nicht auf Einzelheiten eingehen, die nächste Zukunft wird dazu leider mehr als reichlich zwingen. Nur darüber möchten wir keinen Zweifel lassen: Wer Ruhe verlangt in der Sozialpolitik, der soll auch Ruhe verlangen in der Agrarpolitik. Wer sich den Agrariern gegenüber schwach zeigt, der darf den Sozialdemokraten gegenüber nicht den Starken spielen!

ß



Das deutsche Dorfwirtshaus

Eine Wanderstudie

4



er Bergwandler, der bei sinkender Nacht noch das Joch überschritt, steigt auf kaum kenntlichem Pfad, über den sich gelegentlich eine morsche Wettertanne gelegt hat, ins Thal hinab. Durch das Gebüsch der Veggföhren, aus dem nur einzelne schlank Ebereschenbäumchen und schwank Gerten der Zwergweide herausragen, glänzt ihm ein rötlicher Schimmer herauf, der, erst klein wie ein Stern ist, dann breiter, voller leuchtet, endlich die züngelnde Flamme zeigt, vor der sich unkenntliche Gestalten hin und her bewegen. Es ist das Herdfeuer einer für einige Wochen als Sommerwirtshaus dienenden Alphütte. Welch tröstlicher